

Überlegen Sie einmal, was Sie hier gesagt haben: Wir wollen weg vom Öl. Wir wollen weg von der Petrochemie. - Das hat die Ministerin unterstützt. Das kann doch wohl kein Weg sein. Mit solchen Aussagen schaffen Sie vor Ort weder Sicherheit noch erreichen Sie das Ohr der Menschen, die mit und von der Petrochemie leben.

Meine Damen und Herren, bei den Beratungen in Brüssel - Frau Ministerin, da können Sie das Gegenteil behaupten -, aber auch vorher ist für mich und viele Beteiligte deutlich geworden, dass Sie und Minister Schartau bei der Bewertung der Gesamtposition in Teilbereichen des Planspiels unterschiedlicher Meinung sind und die Ergebnisse unterschiedlich interpretieren.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Karl Kress (CDU): Das ist unsere eigentliche Sorge, das ist das Ziel unseres Antrags: dass wir gemeinsam formulieren, was die Ergebnisse des Planspiels sind, und dass Sie, Frau Ministerin, diese Ergebnisse weiterhin nach vorne bringen. Darum haben wir das aufgeführt. Ich bitte Sie, das zu akzeptieren. So steht es im Antrag. Wenn wir an einem gemeinsamen Strick ziehen, ist das in Ordnung.

Darum verstehe ich Ihren Ausbruch nicht - so zumindest habe ich es empfunden. Wenn wir sachlich mit diesem Thema umgehen, können wir sicher auch eine gemeinsame Linie finden. Aber dann müssen Sie das Ergebnis auch über das Planspiel hinaus mittragen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege!

Karl Kress (CDU): Recht schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Kress. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 13/5003** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie** - federführend -, an den **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung** sowie an den **Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält

sich? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

3 Mehr Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem: durch den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Verantwortung und die Reform der Schulaufsicht

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4971

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD zunächst dem Kollegen Degen das Wort. Bitte schön.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass mein Vortrag mit Blick auf die Auffassung von Pädagogik von Frau Ministerin Höhn belohnt wird. Der Antrag ist wichtig, denn er beinhaltet zwei Reformansätze, die uns - jeder für sich, aber aufeinander bezogen - dem Ziel Schule und dem Kernbereich von Schule, nämlich den Unterricht mittel- und langfristig zu verbessern und zukunftsfähig zu gestalten, einen entscheidenden Schritt näher bringt.

Während in der Praxis vor Ort erfreulicherweise oft parteiübergreifend zum Wohle der Schule und Kinder zusammengearbeitet wird, z. B. bei der Einrichtung von offenen Ganztagsgrundschulen, ist hier der Ort der politischen Auseinandersetzung und Konfrontation. Das Trennende, nicht das Gemeinsame wird hervorgehoben. Das hindert zwar nicht daran, hier und da Gemeinsamkeiten zu beschwören; aber konkrete Schritte aufeinander zu werden nicht gemacht. Deshalb möchte ich jetzt versuchen, bei dem zentralen Anliegen unseres Antrags Gemeinsamkeiten zu formulieren.

Unter dem Eindruck der Ergebnisse der internationalen Vergleichsuntersuchungen in zentralen Kompetenzbereichen wie Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften sind bei uns Defizite zutage getreten, die uns zu schnellem Handeln zwingen.

Wir müssen die Chancen aller Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen verbessern, damit möglichst viele junge Menschen einen möglichst hohen und qualifizierten Schulabschluss erlangen.

Wir müssen die Zahl der so genannten Risikogruppen minimieren und gleichzeitig bessere Ergebnisse in der Spitzengruppe erzielen.

Es gilt, das individuelle Recht der Kinder und Jugendlichen auf Bildung zu verwirklichen. Das ist gleichzeitig eine Voraussetzung dafür, dass unsere Volkswirtschaft in der Konkurrenzsituation bestehen kann.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich glaube, unbestritten ist auch, dass wir dazu mehr, besseren und auch anders verteilten Unterricht brauchen, dass wir effektivere Lernzeiten benötigen, dass wir Fördern zu einem durchgängigen Unterrichtsprinzip machen müssen und dass wir den Schulen mehr Freiheit in der Gestaltung ihrer Arbeit geben müssen.

Ein auffälliges Ergebnis der PISA-Vergleichsuntersuchungen war die Übereinstimmung von Höhe der erreichten schulischen Qualität und Grad der Freiheit, den man den Schulen in den jeweiligen Ländern eingeräumt hat: Je mehr Freiheit die Schulen hatten, umso größer waren die Erfolge schulischer Arbeit.

Nordrhein-Westfalen hat früh damit begonnen, Handlungsspielräume für die Schulen zu erproben. Da ist das Projekt "Schule und Co" zu nennen: Hier ging es darum, regionale Bildungslandschaften zu formen. Es wurde im Kreis Herford und in der Stadt Leverkusen versucht. Die Erfahrungen zeigen, dass die Zusammenarbeit von Kommune, Schule und Schulaufsicht und die Vernetzung der einzelnen Schule auch auf die Qualität des Unterrichts und die Organisation von Unterricht positive Rückwirkungen hatten. Das Ziel dieses Versuchs war, eine Verantwortungsgemeinschaft auf regionaler Ebene herzustellen.

Das Modellvorhaben „Selbstständige Schule“ ist auch bundesweit das ehrgeizigste und weitgehendste Projekt, um Schulen mehr Handlungsfreiheiten zu geben. Im vorliegenden Antrag der Regierungskoalition geht es darum, die Landesregierung zu beauftragen, bereits bewährte und praktikable Elemente des Modellvorhabens auf möglichst alle Schulen zu übertragen. Als Möglichkeiten sind in diesem Antrag genannt: die Kapitalisierung nicht besetzter und nicht besetzbarer Stellen - in diesem Zusammenhang fragen uns die Schulen, die nicht an dem Modellvorhaben teilhaben, immer, warum sie das, was die Schulen im Modell bereits praktizieren, nicht auch machen können -, erweiterte Einstellungsmöglichkeiten der Schule, der Ausbau des Entscheidungsspielraums der Schulen bei der Unterrichtsgestaltung und bei der Ausgestaltung von Mitwirkung. Schrittweise soll die Übertragung der Aufgaben und Funktionen eines Dienstvorgesetzten auf die Schulleitung erfolgen.

Der zuletzt genannte Vorschlag wird zwangsläufig differenziert betrachtet. Aber vielleicht werden wir auch zu einer differenzierten Umsetzung kommen, denn in der Praxis macht es einen Unterschied, ob ein Berufskolleg diese Funktion bereits erfüllt. Viele Berufskollegs sagen: Das machen wir schon immer. - Der Schritt ist klein und formal. Etwas schwieriger wird es an einer Grundschule sein. Deshalb haben wir in den Antrag hineingeschrieben, dass wir vor Ort Unterstützungsstrukturen zur Gestaltung dieser Aufgabe aufbauen wollen.

Die Forderung nach mehr Freiheit für die einzelne Schule erfordert natürlich aufseiten der Schule auch mehr Verantwortung und aufseiten des Staates auch eine andere Organisation der Schulaufsicht.

Es ist ein zwangsläufiger Schritt, über eine Neuordnung der Schulaufsicht nachzudenken. Zudem ist im „Düsseldorfer Signal“ festgehalten worden, dass die Schulaufsicht zukünftig in zwei Ebenen organisiert werden soll. Deshalb haben wir in unseren Antrag hineingeschrieben - ich zitiere -:

"Schaffung einer umfassenden, ortsnahen und schulformübergreifend angelegten Unterstützungs- und Beratungsstruktur, die Schulen in Fragen der Schulentwicklung, der Qualitätsentwicklung und -sicherung, des Personalmanagements, der Rechtsberatung etc. unterstützt."

Das ist das zentrale Anliegen unseres Reformvorschlags für die Neuordnung der Schulaufsicht.

Zukünftig sollen die Ebenen für alle Schulformen gleich sein. Es wird wie bisher eine oberste Schulaufsicht beim Ministerium geben und eine - ich sage einmal - "untere Schulaufsicht" auf Ebene der Kreise für alle Schulen.

Die Frage, ob der Kreis oder die kreisfreie Stadt jeweils auch die geeignete Organisationsgröße hat, ist noch zu klären. Aber viele Aufgaben der bisherigen Schulaufsicht werden ja auf die einzelne Schule verlagert. Die Aufgaben ändern sich von der Aufsichtsfunktion hin zu einer Beratungsfunktion.

Wir haben gesagt: Die Organisation muss ortsnah und effektiv sein. Auch im Sinne der Schaffung regionaler Bildungslandschaften ist ein Zusammenwirken der unterschiedlichen Fachlichkeiten vor Ort erforderlich.

Ich betone an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich: Wir wollen bei der staatlichen Schulaufsicht bleiben, denn Schulaufsicht, auch in der veränderten Funktion, ist eine notwendige Aufgabe, die der

Staat aus Verantwortung für das gesamte Schulwesen wahrnehmen muss. Außerdem ist es in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen auch so gewollt.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung, mit diesem Antrag in zwei ganz wichtigen Bereichen der Schulreform Konzepte zu entwickeln. Ich zitiere:

"... ein Konzept zur Übertragung der dargelegten Elemente des Modellvorhabens "Selbstständige Schule" auf alle Schulen zu entwickeln und einen Zeitplan zur Umsetzung vorzulegen,"

- wir haben gesagt, dieses Konzept muss bis Mitte 2004 vorgelegt werden -

"ein Konzept zur Reform der Schulaufsicht auf der Grundlage der dargelegten Eckpunkte zu entwickeln, einen Zeitplan zur Umsetzung vorzulegen und erste organisatorische Schritte einzuleiten ..."

Wir werden also ausreichend Diskussionsstoff im Ausschuss, in den mitberatenden Ausschüssen und auch im Plenum haben, denn wir wollen diese Änderungen noch in das novellierte Schulgesetz einfließen lassen.

Ich will zum Schluss auf die Gemeinsamkeiten zurückkommen. Ich kann mich erinnern, dass die CDU, als wir begannen, über das Modellvorhaben "Mehr Freiheit für Schulen" zu diskutieren, den Standpunkt vertrat: Warum macht ihr das nicht sofort? Warum ein Modellvorhaben? Warum nicht sofort Freiheit für alle Schulen? Das haben wir schon immer gewollt. - Wenn dem so ist, haben wir hier eine weit gehende Übereinstimmung.

In der Diskussion über die Schulaufsicht muss man berücksichtigen, dass wir der CDU mit unserer Vorstellung, dass die Ebene der Regierungspräsidenten entfallen soll, sehr entgegenkommen. Denn bei der Verwaltungsstrukturfrage will die CDU sogar völlig auf die Institution der Regierungspräsidenten verzichten. Schulaufsicht kann nicht durch die Landschaftsverbände wahrgenommen werden, weil diese keine nachgeordnete Behörde, sondern ein Kommunalverband sind.

(Zuruf von Herbert Reul [CDU])

Ich sehe eigentlich nur Gemeinsamkeiten. Ich freue mich, dass Herr Reul diese Gemeinsamkeiten gleich unterstützen wird. Wir haben viel vor! Nutzen wir die Zeit!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Kollege Degen. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein bedeutender Tag, der 200. Todestag des Aufklärers Kant. Der Antrag, den wir heute hier beraten, passt zu diesem Tag.

Damit stellen wir die Weichen für einen schon in der Koalitionsvereinbarung und noch einmal verstärkt im "Düsseldorfer Signal" angelegten Prozess, an dessen Ende selbstständige, mündige und eigenverantwortlich arbeitende Schulen stehen, eingebettet in regionale Bildungslandschaften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gute Schulen kann man nicht von oben verordnen. Dies ist eine Tatsache, die auch in der Bildungspolitik in den vergangenen Jahren erst verinnerlicht werden musste. Zu lange herrschte die Meinung vor, durch die richtigen Input-Standards könnten gute Lernleistungen und gute Schulen von Düsseldorf oder von wo auch immer aus sichergestellt werden. Gute Schulen müssen sich den Bedingungen stellen, die sie vor Ort vorfinden, um gute Arbeit leisten zu können. Dazu müssen sie sich diesen Bedingungen auch stellen können. Starre Direktiven und Vorgaben vom Land oder aus den Reihen der Bezirksregierungen oder aus der Politik - wir nehmen uns da gar nicht aus - lassen dazu einen viel zu geringen Raum.

Schulen brauchen größere Selbstständigkeit. In der wissenschaftlichen Debatte ist das schon lange keine Frage mehr. Erfolgreiche PISA-Länder machen es uns schon lange vor. Größere Selbstständigkeit, sozialraumbezogen zu agieren, Profile zu bilden, neue Wege der Unterrichtsorganisation und Leistungsbewertung zu gehen, darauf zielt das Modellvorhaben "Selbstständige Schule" ab, an dem mittlerweile mehr als 280 Schulen in 19 Bildungsregionen unseres Landes teilnehmen. Das ist ein guter erster Schritt gewesen -

(Beifall bei den GRÜNEN)

natürlich mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Konzepten. Genau das macht Selbstständigkeit ja aus.

Eines ist klar: Selbstständigkeit in der Beschreibung der Wege bedeutet auch mehr Verantwortung, dass am Ende etwas Gutes dabei herauskommt. Wir sind uns sicherlich einig: Die Unterrichtsqualität und die Verbesserung der Lernleis-

tungen der Schülerinnen und Schüler hängen maßgeblich davon ab, ob die Schulen verstärkt Verantwortung für ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag übernehmen.

Ob Schulen Erfolg haben, das werden wir zukünftig genauer und objektiver beurteilen können. Mit der Einführung von Bildungszielen und Bildungsstandards, mit deren Überprüfung im Rahmen von Lernstandserhebungen und durch die zellzentralen Prüfungen haben wir in den vergangenen Monaten die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen.

Mehr Kontrolle der Leistungen bei gleichzeitigem Ausbau der Selbstständigkeit, das sind die elementaren Weichenstellungen, die wir seit dem vergangenen Sommer vorgenommen haben. Damit ist Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen zukunftsweisend. Damit setzen wir uns an die Spitze der Entwicklung schulischer Qualität in den Bundesländern. Das ist Innovation, und die haben wir schon lange eingeleitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Kollege Degen hat es ausgeführt: Wir wollen Elemente des Modellvorhabens in die Fläche übertragen - das war übrigens von Anfang an so gewollt, das ist gar nichts Neues - und haben einige Bereiche benannt. Die müssen evaluiert und dem Landtag vom Ministerium vorgeschlagen werden. Das alles wird schrittweise passieren. Wir wollen und werden die Schulen nicht überfordern.

Ja, richtig ist: Es kommen Umstellungen auf die Schulen zu. Aber PISA belegt überdeutlich, dass wir uns auf diesen Weg machen müssen. Und da ist ein koordinierter, sukzessiver Transfer allemal besser, als jetzt länger die Hände in den Schoß zu legen.

Je länger ich mich mit der größeren Autonomie für Schulen befasst habe und mit je mehr Schulen im Modellvorhaben ich gesprochen habe, desto klarer ist mir eines geworden: der Zusammenhang zwischen dem Ausbau der Selbstständigkeit und einer notwendigen Reform der Schulaufsicht. Deshalb haben wir Grüne auch darauf gedrängt, dass diese beiden wichtigen Vorhaben zusammen angepackt und forciert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin froh, dass wir uns mit diesem Antrag darauf verständigt und erste grobe Eckpunkte für eine Reform der Schulaufsicht verankert haben. Schulaufsicht muss ihrer Kernaufgabe, der Beratung und Unterstützung von Schulen, besser gerecht werden können. Das ist keine Kritik an de-

nen, die das jetzt heute so machen, weil das natürlich so gewachsen ist. Das will ich ausdrücklich für alle Ebenen, die da bisher die Arbeit tun, zum Ausdruck bringen.

Klar ist aber, dass selbstständige Schulen wesentlich intensivere und bessere Supportstrukturen vor Ort vorfinden müssen, als dies zurzeit der Fall ist, weil sonst der Arbeits- und Koordinierungsaufwand nicht zu leisten sein wird. Diese Unterstützungsstrukturen brauchen wir vor Ort, und zwar für alle Schulformen.

Angesichts der Einführung von Bildungsstandards und teilzentralen Abschlussprüfungen muss die Schulaufsicht schulformübergreifend angelegt sein. Das ist sie übrigens in Hessen auch, ohne dass sich darüber dort offensichtlich so viele aufregen.

Ein Denken in Bezug auf regionale Bildungslandschaften und regionale Bildungsplanung bedarf eines umfassenden Blicks auf die Schullandschaft, wobei dies in keinster Notwendigkeit fachspezifischen Belangen oder aber der Berücksichtigung von Unterschieden zwischen den Schulformen widerspricht. Das ist doch klar.

Ich frage mich wirklich, wovor der Philologenverband eigentlich Angst hat. Er hat sich ja schon sehr deutlich positioniert. Hat er Angst davor, dass Schulen vor Ort kooperieren, dass sie vernetzter zusammenarbeiten, dass dadurch die Durchlässigkeit zwischen den Systemen erhöht wird? - Das kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hoffe inständig, Herr Reul - ich hoffe, Sie enttäuschen mich nicht -, dass Sie hier jetzt nicht wieder die ideologische Keule schwingen.

Eines kann ich klar und deutlich sagen: Auch wenn die Schulaufsicht weiter nach unten kommt, weiter an die Schulen herankommt, muss und wird sie staatlich bleiben. Das schreibt unsere Verfassung vor.

Aber den neuen Aufgaben der Schulen wird Schulaufsicht nur gerecht, wenn sie sich zu einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft entwickelt, die sich nach unserer Vorstellung in einem regionalen Bildungsbüro realisiert. So wird es in Herford heute schon erfolgreich praktiziert. So wollen wir das überall.

Das Schulministerium wird die Schulaufsicht einer Aufgabenkritik unterziehen. Wir werden dann entscheiden müssen, auf welcher Ebene die einzelnen Aufgaben anzusiedeln sind.

Wir Grüne sind der Auffassung, dass dies auf zwei Ebenen geht, der regionalen Ebene der Städte und Kreise und der Landesebene. Aber wir sind in dieser Frage nicht dogmatisch, sondern uns geht es darum, dass die Schulaufsicht ihre Aufgaben am besten wahrnehmen und die Schulen dann am besten unterstützen kann. Mitte des Jahres werden wir ein Konzept und Eckpunkte haben und dann qualifiziert entscheiden.

"Geben Sie Gestaltungsfreiheit" - das habe ich in Anlehnung an Friedrich Schiller erst gestern wieder aus dem Munde eines Professors an die Adresse der Politik gehört. Herr Rüttgers hat eifrig geklatscht. Ich habe es genau gesehen. - Mit diesem Antrag gehen wir und verstärken wir diesen Weg. Der Weg zu mehr Selbstständigkeit ist schwierig in unserem bürokratisierten Staat, aber er ist richtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, beteiligen Sie sich endlich konstruktiv an diesem innovativen Prozess! Das wäre ein gutes Signal am Tag der Aufklärung in memoriam Immanuel Kant. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhmann. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Reul das Wort.

Herbert Reul (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Diskussion um die Schulaufsicht hat eine lange Vorgeschichte. Vor zehn Jahren hat es einen Bericht einer Unternehmensberatung, nämlich von Kienbaum, gegeben. Damals sind als zentrale Ziele vorgetragen worden: erstens landesweit Gleichheit der Lebensverhältnisse zu haben bei vorgegebenem qualitativem Standard und zweitens eine bedarfsgerechte Entwicklung der Schulen am Ort zu gewährleisten.

Das gilt auch heute noch. Wenn man sich das aber genau anschaut, wird man sehen, dass daraus, wenn man das konsequent begleitet, eher gegenläufige organisatorische Konzepte abzuleiten sind.

Denn wer Vergleichbarkeit haben will, Gleichheit der Schul- und Lebensverhältnisse, der braucht eine Vergleichbarkeit einer ausreichenden Anzahl von Schulen, also eine Großräumigkeit. Und wer vor Ort eine starke Entscheidungsmöglichkeit haben will, der braucht eine Verlagerung von Entscheidungschancen vor Ort.

Es muss also ein Modell her - das war auch damals die Frage -, das sowohl gleiche Lebenschancen durch Vergleichbarkeit als auch ortsnahe bedarfsgerechte Entwicklungen ermöglicht.

Die Kienbaum-Leute haben sich damals übrigens entgegen aller Erwartungen dafür entschieden, Qualitätsverbesserung und gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen durch eine großräumige Schulaufsicht zu organisieren. Sie haben deshalb der großräumigen Schulaufsicht den Vorrang eingeräumt und nicht der dezentralen Einheit.

Es ist hoch spannend, dass die Grünen heute die Vorreiter einer stärkeren dezentralen Schulaufsicht in den Städten und Gemeinden sind und sich gleichzeitig dafür aussprechen, die Eigenständigkeit der Schulen zu stärken. Das ist ein Widerspruch, den Sie aufklären müssen.

Sie können nicht die örtliche Schulaufsicht stärken und gleichzeitig die Schule selber Entscheidungen treffen lassen. Wenn die Schulen selber mehr Entscheidungen treffen sollen, dann brauchen sie die Entscheidungen vor Ort nicht. Dann kümmern sich ja beide um dieselben Sachverhalte. Dann muss die andere Aufgabe, die lautet, die Vergleichbarkeit von Lebensverhältnissen sicherzustellen, eben an einer anderen Stelle erledigt werden.

Die Kienbaum-Leute haben genau auf diesen Punkt hingewiesen und gesagt, dass das kontraproduktiv sei und dem Bemühen widerspreche, die einzelne Schule mit mehr Selbstständigkeit auszugestalten.

Die Kienbaum-Leute haben damals relativ ausführlich und klar vorgetragen, dass Qualitätssicherung, Systemkontrolle und Beratung ausreichend viele Fälle, ausreichend viele Schulen, brauchen. Die gibt es aber in der Regel von einer Schulform nicht in einer Stadt. Dazu braucht es einen größeren Raum.

Das gilt übrigens für die berufsbildenden Schulen erst recht. Denn es gibt keinen Schulträger, der die gleichen Bildungsgänge in den Berufskollegs im eigenen Bereich mehrfach hat. Sie brauchen aber die Vergleichbarkeit. Diejenigen, mit denen die Berufskollegs zu tun haben - die Kammern und die Arbeitsämter -, sind andere Einheiten als die Einheiten, die kommunal zu sehen sind. Insofern gibt es auch an dieser Stelle Schwierigkeiten, die damals schon richtig benannt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

In der interministeriellen begleitenden Arbeitsgruppe des Ministeriums wirkte übrigens ein Herr

Schulz-Vanheyden, heutiger Staatssekretär, mit. Das finde ich auch sehr spannend, dass er das Projekt auch in dieser Richtung unterstützend beraten hat. Aber: Beratertätigkeiten und die rot-grüne Landesregierung – das ist ein anderes Thema. Darüber wollen wir uns jetzt nicht unterhalten.

Wir sind zweitens mitten in einer Diskussion zur Neuordnung der Verwaltungsstrukturen. Wie sieht das mit den Bezirksregierungen aus? Da legt sich Rot-Grün fest. Ich zitiere: "Die Festlegung der geeigneten Struktur der zukünftigen Schulaufsicht muss im Jahr 2004 gelöst werden."

Bevor man die Chance hat, parteiübergreifend in Konsensgespräche einzusteigen, sagen Sie: Das klären wir jetzt schon einmal vorweg. Wie beim KVR - ich möchte daran erinnern. Sie sind nicht bereit, über ein Gesamtkonzept zu reden, sondern Sie nehmen etwas Einzelnes und lösen es heraus. Das ist konzeptions- und kopflos. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Frau Löhrmann, Ihr jetziges Handeln passt übrigens auch nicht mit Ihrem ständigen Anspruch zusammen, dass man alles doch bitte evaluieren muss. Darüber reden Sie ja von morgens bis abends. Sie warten ja nicht einmal die Evaluierung des Modellvorhabens Selbstständige Schule ab. Die erste Zwischenevaluation soll ja Ende des Schuljahrs 2004/2005 vorliegen. Ich möchte nur ganz vorsichtig daran erinnern, dass das Vorläuferprojekt, das Sie eben genannt haben, nämlich Schule & Co., Leverkusen und Herford, nie richtig evaluiert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Lesen Sie einmal nach, was das Gutachten von Prof. Brenner von 2002 - er hat Leverkusen untersucht - sagt. Er redet von unstrukturierten und lückenhaften Materialien, die für eine abschließende Auswertung nur bedingt tauglich sind. Und wenn Sie sich einmal die Stellungnahmen der Schulen ansehen - Sie müssen sich einmal die Detail ansehen -, dann werden Sie feststellen, dass das subjektive Berichte von Schulen über das, was sie gemacht haben, sind, aber keine Daten, die vergleichbar sind. Es gibt ja nicht einmal eine systematische Erfassung des Ist-Zustandes vom Anfang dieses Versuchs. Mit was hat man eigentlich verglichen? Frau Löhrmann, bei Ihnen geht es nach dem Motto: Es gilt das, was man glaubt, aber nicht das, was die Wirklichkeit ist und was die Fakten sind.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist der Teil, der mich närrisch macht: Die Empirie spielt keine Rolle. Sie haben sich ja jahrelang, jahrzehntelang gesperrt, Schulvergleichsuntersuchungen durchzuführen, Leistungstests durchzuführen. Wie lange hat es denn gedauert, dass TIMSS, PISA und IGLU überhaupt stattfinden konnten? Wenn Ihnen ein Teil passt, wird das jetzt herausgebrochen.

Man will offensichtlich den schwarzen Peter für die katastrophalen Zustände in den Schulen noch möglichst schnell vor der Landtagswahl nach unten schieben. Das scheint der einzige Fakt zu sein. Hat eigentlich jemand einmal berechnet, was das kostet? Kienbaum hat damals gesagt, das, was Sie mit der Schulaufsicht vorschlagen, würde teurer, mehrere hundert Stellen Mehrbedarf. Sind die pädagogischen Konsequenzen eigentlich zu Ende gedacht worden? Haben Sie eigentlich einmal nachgefragt, ob das den Kindern nützt, ob es der Qualität der Schulen nützt? Aber das hat Sie bisher nicht interessiert und wird Sie wahrscheinlich auch in Zukunft nicht interessieren.

Das Spannendste - und das ist geradezu dreist - ist, dass Sie in Zukunft für die Evaluation, die ja nicht ganz unwichtig ist, das Landesinstitut in Soest vorsehen. Das zieht einem die Schuhe aus! Das Institut, das am Meisten im Gerede ist wegen ideologisch gefärbter Arbeit, soll in Zukunft der Qualitätshüter unserer Schulen werden. Das kann ja gar nichts geben. Sie wollen das ja auch gar nicht, sondern Sie wollen, dass es in dem "richtigen" Sinne geprüft wird, wie es immer der Fall war.

In Ihrem Vorentwurf - um es einmal ganz deutlich zu sagen - stand noch:

„Das Landesinstitut in Soest wird zu einer landesweiten Evaluationsagentur umstrukturiert, um Aufgaben der Qualitätsentwicklung und -sicherung wahrzunehmen, sowie um regelmäßige Schulinspektionen durchzuführen.“

Schulinspektionen, die von Soest durchgeführt werden - um Gottes willen! Das wird ja noch schlimmer als vorher.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt sind ja wenigstens einige Schulen noch in Ordnung, weil ihnen keiner hereinredet.

Die spannende Frage ist, welches Ziel Sie eigentlich haben. Warum machen Sie das jetzt eigentlich? Warum warten Sie nicht die Verhandlungen ab? Warum diese Schnelligkeit? Das kann man in Ihrem Antrag lesen. Ich zitiere:

„Schaffung einer umfassenden, ortsnahe und schulformübergreifend angelegten Unterstützungs- und Beratungsstruktur ...“

Langer Rede kurzer Sinn: Es geht wieder um „schulformübergreifend“. Das haben wir ja reichlich hinter uns. Zuerst wurde Ko-op vor die Wand gefahren, dann haben Sie versucht, die Gesamtschulen auf Kosten der bestehenden Schulstrukturen durchzusetzen, dann haben Sie letztes Jahr die Lehrerausbildung umstrukturiert. Sie erinnern sich an den Krach, den wir hier wegen der Abschaffung der Realschullehrerausbildung hatten; es gibt sie in Zukunft nicht mehr. Und jetzt soll die Schulaufsicht ein weiteres Element sein. Über den Umweg der Schulaufsicht und unter dem Deckmäntelchen von mehr Zentralität soll der Schulformbezug noch weiter aus der Schulwirklichkeit verdrängt werden.

Ganz am Anfang, als diese berühmte Denkschrift entstand, hat ein kluger Mann einmal geschrieben: "Rot-grün versucht, die Entprofilierung des Schulwesens immer weiter voranzutreiben." Recht hat der Mann. Genau das passiert jetzt. Sie reden davon, dass Sie keine Schulstrukturdebatte wollen, machen aber einzelne Elemente, die das immer weiter vorantreiben.

Im Übrigen kann jeder nachlesen, wohin Sie wollen. Frau Löhrmann, Sie haben hier immer präzise gesagt, dass für Sie das Ziel ist: die Gesamtschule als einzige Schulform für alle.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein, ein integriertes System!)

Die Sozialdemokraten sagen das verstärkt auch. Vom Parteitag im letzten Jahr in Bochum kann man nachlesen, wie überlegen, wie großartig die integrierte Schule sei. Das will ich gar nicht erst wieder vortragen. Da steht z. B. der Satz:

„In ihren pädagogischen Zielen bei der Schulstrukturreform muss eine so weiterentwickelte Schulstruktur Heterogenität in den Lerngruppen als Chance begreifen.“

Oder: Frau Speth spricht von einer Schulstrukturreform von unten. Langer Rede kurzer Sinn: Genau das wollen wir nicht. Frau Speth, was Sie seit Jahrzehnten wollen, diese Ladenhüter aus der ideologischen Suppenküche, wollen wir nicht. Wir wollen eine Stärkung von Hauptschulen, von Realschulen, von Gymnasien, von Grundschulen, von Sonderschulen und von Berufskollegs. Das ist genau der Punkt.

Wenn Sie auf Ihrem Parteitag am kommenden Wochenende wieder an dem Schritt „Sechsjährige Grundschule“ herumdoktern - das kann man in

den Anträgen nachlesen -, dann passt das eben auch in das Bild. Wir werden Sie nach dem bewerten, was Sie vorlegen, was Sie beschließen, was Sie als Zielsetzung vortragen.

Das Größte ist allerdings, dass Sie jetzt erzählen, Sie wollten damit die Kommunen in ihren Einflussphären stärken. Das ist wirklich die Mogelpackung schlechthin. Da müssen wir einmal genau hinschauen. Die Grünen hatten in ihrem Vorentwurf stehen - Frau Löhrmann hat das gerade noch einmal präzise erklärt -, dass es um die Entwicklung regionaler Entwicklungslandschaften und regionaler Bildungsbüros geht. Es wird dort formuliert:

„In den personell und finanziell durch Mittel von Land und Kommunen ausgestatteten regionalen Bildungsbüros werden staatliche und kommunale Aufgaben gebündelt und zusammengeführt.“

Und dann weiter:

„Die Bildungsbüros koordinieren die regionale Bildungsplanung. Sie verwalten das Budget, das Sach- und Personalmittel umfassen muss, aber auch Mittel für Fortbildung, Ganztagsbetreuung, Sprachförderung.“

Und so weiter!

Langer Rede kurzer Sinn: In Zukunft wird die Entscheidung dann weder in der Schule noch bei der Gemeinde getroffen, sondern in diesen regionalen Bildungsbüros, die kein Mensch kontrolliert. Das ist doch die Wahrheit. Sie bauen da wieder eine neue Ebene, eine neue Zuständigkeit auf - das können Sie übrigens heute schon im Detail besichtigen -, Sie bauen eine neue Struktur auf, die da heißt: Regionale Bildungsbüros. Die Gemeinden werden wahrscheinlich dafür noch bezahlen müssen, dass sie in Zukunft nichts mehr zu sagen haben. Das ist das Ergebnis, das sich da andeutet und was wir in der Vergangenheit oft genug erlebt haben. Es werden also Schulentwicklungsaufgaben an Büros abgegeben, die Gemeinden haben nichts mehr zu sagen, und bezahlen müssen sie es dann auch noch.

Wer hat eigentlich den Mehraufwand berechnet, der sich dadurch ergeben muss? Und wer bezahlt das? Welche Personen mit welchen Kompetenzen sollen eigentlich Schulaufsicht wahrnehmen? In der Denkschrift war von schulfremden Personen die Rede. Herzlichen Glückwunsch! Meine Oma auch? Oder wie soll das gehen? Das ist doch der nackte Wahnsinn: Sie reden von Qualität und betreiben genau das Gegenteil. Sie gefährden Qualität. Das ist die Wahrheit, die hier vorge-

tragen wird und die in einschlägigen Beschlüssen von Ihnen auch nachzulesen ist.

Ergebnis also: Kein Schulformbezug, keine Sicherung von fachlicher Aufsicht, hohe Kosten für die Kommunen, weil in den Städten und Gemeinden überall Fachleute sein müssen. Ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass es dann beim Berufskolleg ganz besonders spannend und interessant wird. Wir können und müssen über Schulaufsicht und ihre Verbesserung nachdenken. Das ist hundertprozentig richtig. Dieses Nachdenken muss insgesamt auch im Rahmen der Verwaltungsstrukturdebatte stattfinden.

Wir machen aber nicht dabei mit - das sage ich Ihnen schon an dieser Stelle -, wenn Sie über diesen Antrag wieder Ihre alten Ladenhüter vorantreiben wollen, wenn Sie die Qualität und die Chancen für unsere Kinder gefährden wollen. Wir machen auch nicht dabei mit, wenn Sie angeblich Kommunen stärkere Mitwirkung anbieten, womit Sie diese ködern, die Kommunen am Ende aber nichts zu sagen, wohl aber viel zu zahlen haben. So war das immer bei Ihnen. So wird es wahrscheinlich auch immer sein. In aller Klarheit: Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Reul. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der Vergangenheit immer wahrgenommen, dass im Landtag vom Grundsatz her alle vier Fraktionen der Auffassung sind, dass wir weniger Bürokratie und mehr Schulautonomie brauchen. Aber wir verstehen halt in weiten Teilen völlig unterschiedliche Konzepte darunter.

Deshalb war ich auch enttäuscht, als ich den Inhalt Ihres Antrages gelesen habe. Die Überschrift "Mehr Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem: durch den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Verantwortung und die Reform der Schulaufsicht" verspricht ja sehr viel. Es gibt hier keinen logischen Zusammenhang, dass es zu automatischen Wirkungen dieser Art kommt. Die entscheidende Frage ist vielmehr, wie die Ausgestaltung aussieht. An diesem Punkt unterscheiden sich die Modelle in der Tat sehr grundlegend.

Der uns heute von Rot-Grün vorgelegte Antrag lässt sich im Kern darauf reduzieren, dass Sie überall sehr weitreichende Freiheiten ermöglichen

wollen, wo Standards nicht gerade wichtig sind. Schon werden Schulen sehr viel freier mit Fragen der Notengebung umgehen, dann weicht man von einheitlichen Standards der Stundentafeln ab. Bei Ihnen gibt es überall schrankenlose Freiheiten.

Auf der anderen Seite aber, wo es sehr viel angebracht wäre, Schulen Freiheiten einzuräumen, geschieht dies nicht. Das gilt z. B. bei der Frage der zukünftigen Personalbewirtschaftung, wo doch viele Schulen heute gar nicht mehr wissen, wie sie genügend qualifiziertes pädagogisches Personal bekommen.

Das gilt, wenn es darum geht, Modelle zu diskutieren, die über den Tagesstreit hinausgehen, den wir doch in den unterschiedlichsten Facetten fast tagtäglich mitbekommen. Ich will das einmal beispielhaft festmachen an dem Symbolthema: angestellte oder verbeamtete Lehrer? Dazu gibt es ständig neu wiederkehrende Debatten. An der einen Stelle fühlt sich die eine Gruppe benachteiligt, an der anderen die andere. Regeln Sie doch einmal so etwas neu und zeigen Sie die Perspektive auf, dass die einzelne Schule vor Ort letzten Endes sehr viel freier Einstellungen tätigen kann, als es bislang der Fall ist. Sie sollten die Frage thematisieren, wie Arbeitsverhältnisse jenseits des jetzigen Dienstrechtes perspektivisch aussehen können.

Sie sollten auch ansprechen, wenn Sie selbstständige Schulen haben wollen, ob die einzelnen Standorte nicht dabei mitbestimmen können, was ihre Leitungsstrukturen angeht. Wir haben doch seit Jahren und Jahrzehnten das System, dass ein politischer Poker und ein Postengeschacher in den Schulausschüssen stattfindet, wo nach Parteibuch Schulleiterfunktionen vergeben werden.

Das wären interessante Fragen, denen man sich einmal widmen könnte, wenn es um Qualität geht und darum, Motivation zu wecken und mehr Beteiligte mitzunehmen. Von all dem ist in Ihrem Antrag nichts zu lesen.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir machen als Partner jederzeit mit, wenn es darum geht, unnötige Bürokratie abzubauen und mehr Schulautonomie dort zu realisieren, wo das sachlich berechtigt ist. Das darf aber nicht zulasten der Standards der Bildung und damit der Zukunftschancen der Schüler in unserem Land gehen.

Sie sehen in Ihrem rot-grünen Antrag vor: Sie wollen die Pflichtstundentafeln und die Leistungsbeurteilungen aufweichen und ins Belieben der einzelnen Schule stellen. Das wird von Ihnen hier als Innovation bezeichnet.

(Brigitte Speth [SPD]: Lächerlich!)

- Sie müssen es nur im Text nachlesen, Frau Speth.

(Brigitte Speth [SPD]: Ich kann lesen!)

Wenn es zukünftig endlich eine einheitliche Mittelstufenprüfung geben soll, müssen alle Schüler auch dieselben hohen Standards erfüllen. Sonst scheitern nämlich demnächst mehr Schüler an landesweiten Anforderungen. Innerhalb eines Bundeslandes ist es für uns als FDP wichtig, dass Schüler umziehen können, ohne einen Lernrückstand zu erleiden. Abweichungen von einem einheitlichen Notenschema sind deshalb inakzeptabel.

Auch die rot-grünen Reformüberlegungen zur Schulaufsicht sind aus unserer Sicht noch unausgegoren und bedürfen erst mehrerer weiterer Modellversuche.

Grundschulen mit identischen Profilen können selbstverständlich kommunalen Strukturen unterstellt werden. Deshalb machen wir das ja auch heute. Berufskollegs aber mit über 500 verschiedenartigen und hoch spezialisierten Bildungsgängen erfordern eine überregionale fachliche Koordination. Sie haben nämlich sonst für mehrere hundert Ausbildungsgänge in diesem Land innerhalb eines Kreises oder innerhalb einer Region nicht einmal einen Vergleichsmaßstab, den Sie entsprechend zu Rate ziehen können. Grundschulräte können keinen wertvollen Erfolgsbeitrag zur Umsetzung neuer Ausbildungsordnungen für Kälteanlagenbauer oder Binnenschiffer leisten.

Ihr hochgestochener Antragstitel verspricht deshalb leider mehr, als er hält. Die zu große Beliebigkeit bei Bildungsstandards korrespondiert eben nicht mit dem Vertrauen in größere organisatorische Freiheiten. Schulen sollten zukünftig ihr Personal selbst einstellen dürfen und auch über ihre Leitungsbefugnisse selbst entscheiden.

Es fehlt ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt. Wie sieht bei Ihnen eigentlich eine Wettbewerbslandschaft im Bildungsbereich aus? Wir brauchen ein Schulranking, damit vor Ort für alle Eltern und Schüler transparent sichtbar wird, was jede einzelne selbstständige Schule leistet. Ich habe doch nichts dagegen, mehr Verantwortungskompetenzen lokal an jedem einzelnen Schulstandort anzusiedeln. Voraussetzung für kompetente Entscheidungen und für tatsächliche Wahlfreiheit von Eltern und Schülern ist aber Markttransparenz und Kenntnis dessen, was nachher angeboten wird.

Wir brauchen dafür Geschäftsberichte, in denen jedes Jahr klar aufgezeigt wird, welche Angebote

eine Schule erbringt, welche zusätzliche Förderung es gibt, welche Arbeitsgemeinschaften dort im Nachmittagsbereich vorhanden sind, wie man dort das Problem des Unterrichtsausfalls in den Griff bekommt, welcher Unterricht wegfällt, wie hoch die Rate der fachfremden Unterrichtserteilung ist.

All diese Kriterien gehören in die Geschäftsberichte für selbstständige Schulen. Auf diese Weise entsteht Transparenz am Markt und ein ehrliches Entscheidungsverhalten der Nutzer. So sieht eine Wettbewerbschullandschaft aus, bei der wir jederzeit mitmachen und bei der Sie uns als Partner haben.

Wir müssen Schulbezirksgrenzen abschaffen. Wenn wir konkrete einzelne Instrumente vorschlagen, die tatsächlich mehr Freiheit im Kommunalen bedeuten, dann rennen Sie weg und strecken die Krallen von sich. So funktioniert das aber nicht. Wenn wir Ihnen ganz konkret sagen - das haben wir mehrfach in diesem Landtag diskutiert -, die Schulbezirksgrenzen sollten wegfallen, damit aufseiten der Elternschaft ein echtes Wahlverhalten für die Schulstandortentscheidung entsteht, dann blockieren Sie, dann mauern Sie, dann sollen weiterhin Schülerströme per staatlicher Zwangszuweisung bestimmten Standorten zugeführt werden. Was hat das mit einem Wettbewerbsmodell zu tun, mit Qualitätsentwicklung und mit mündigen Schülern in einer selbstständigeren Schullandschaft?

Deshalb, meine Damen und Herren, gibt es bei aller grundsätzlichen gemeinsamen Zielsetzung, in diesem Bereich zu handeln, noch großen Bedarf, Ihren Antrag nachzubessern.

Ich sage Ihnen deshalb, wie wir uns von liberaler Seite aus eine bessere und größere Schulautonomie vorstellen:

Wir wollen eine Wettbewerbslandschaft der Schulstandorte, Transparenz über die Angebote, keinerlei Beliebigkeit bei Qualitätsstandards, die auch landesweiten Anforderungen genügen müssen, und in hinreichender Weise größere organisatorische Freiheiten bei Verwaltung und Personal. Das ist ein Modell, über das wir uns unterhalten können und das in die Zukunft führt. Bislang haben Sie diesen Schritt nicht getan, aber vielleicht tun Sie ihn noch im Laufe des weiteren Beratungsprozesses. Uns würde das sehr freuen.

Wir als FDP-Landtagsfraktion stehen für mehr Schulautonomie, aber unter der klaren Maßgabe, dass es bei Leistung und Standards keine Aufweichung gibt und dass wir auf Vergleichbarkeit auch zukünftig nicht verzichten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einmal versuchen, von der Polemik zur Sachlichkeit zurückzuführen;

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

denn ich hatte den Eindruck, dass bei den letzten beiden Beiträgen der Griff in die Zettelkiste doch sehr tief gewesen ist. Ich konzentriere mich in meinem Vortrag daher auf den Bereich selbstständige Schule und Schulaufsicht. Über Schulbezirke, Herr Witzel, können wir zu einem anderen Zeitpunkt sprechen. Ich habe übrigens immer den Eindruck: Wann auch immer ein aktuelles schulpolitisches Thema hier diskutiert wird - bei jeder Plenardebatte wird das komplette Programm aufgeblättert. Wir haben heute reichlich Gelegenheit dazu; denn es stehen noch weitere Beratungspunkte an. Darauf bin ich gespannt.

Zur selbstständigen Schule: Die selbstständige Schule ist und bleibt ein zentrales Projekt und ein zentrales Element im Prozess der Weiterentwicklung des Bildungssystems in unserem Land. Sie ist einerseits der programmatische Dreh- und Angelpunkt unserer Schule der Zukunft, ist andererseits aber auch eine sich bereits entwickelnde Praxis.

Wir sind weniger am theoretischen Reflektionswert dieses Modellvorhabens als vielmehr an seinem praktischen Gebrauchswert interessiert. Wir wollen in erster Linie Erkenntnisse gewinnen, wie wir Schule und Unterricht ganz konkret verbessern können. Für uns ist ein Modellvorhaben immer auch ein Testlauf, gewissermaßen die erste Stufe für die möglichst rasche Übertragung von gesicherten Ergebnissen in die ganze Schullandschaft Nordrhein-Westfalens.

Wir werden deshalb jetzt auch weitere Schritte gehen können, wie wir das im „Düsseldorfer Signal“ vereinbart haben. Wir werden das auch mit dem notwendigen Augenmaß tun. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass wir das Tempo des Transfers an einigen Stellen durchaus steigern können. Dieser Wunsch kommt im Übrigen nicht nur aus der politischen Landschaft, sondern auch aus den Schulen selbst,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

die sich zunehmend an diesem Projekt und insbesondere an einigen Möglichkeiten, die dieses Projekt bietet, beteiligen wollen.

Lassen Sie mich dies an einem der wesentlichen Elemente des Modellvorhabens verdeutlichen:

Wir haben den Entscheidungsspielraum der Modellschulen im Bereich der Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung erweitert. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass Schulen von ihren neuen Gestaltungsmöglichkeiten regen Gebrauch machen. Sie richten die Studentafel zielgenauer an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler aus. Sie entwickeln neue Formen der Leistungsbewertung, und sie lassen Schülerinnen und Schüler nicht einfach sitzen, sondern ermöglichen ihnen durch gezielte Fördermaßnahmen die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht der nächst höheren Klasse.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Effizienz!)

Diese Beispiele zeigen auch: Die selbstständigen Schulen gehen mit ihrer Freiheit sehr verantwortungsbewusst und im Interesse der Schülerinnen und Schüler um.

Wir können deshalb mit dem neuen Schulgesetz allen Schulen in Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Freiheit in der Unterrichtsgestaltung und Unterrichtsorganisation einräumen, als wir es ursprünglich von der Zeitdimension her geplant haben. Es geht!

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir loten aus, inwieweit das neue Schulgesetz allen Schulen größeren Handlungsspielraum bei der Auswahl und Einstellung von geeignetem Personal einräumen kann. Nach einem halben Jahr der praktischen Umsetzung haben wir allerdings nicht so viele Erkenntnisse gewinnen können, dass wir das schneller als geplant auf alle Schulen übertragen können. Ich nehme jetzt z. B. mal die Dienstvorgesetzten-Eigenschaft, die einigen Schulleiterinnen und Schulleitern erst zu Beginn dieses laufenden Schuljahres übertragen worden ist.

Selbstständige Schulen erfordern einen veränderten Rahmen, wenn wir ihnen selbst mehr Verantwortung übertragen wollen. Sie brauchen Unterstützung und Beratung in einem schulnahen und verlässlichen Netz an unterschiedlichen Dienstleistungen. Und wir wollen natürlich, dass mehr und mehr Entscheidungen bei der Schule liegen. Wir wollen aber nicht, dass Schulleiterinnen und Schulleiter mit Verwaltungsarbeiten überlastet werden.

Sie alle wissen, dass z. B. in unserem wirklich hochgradig regulierten System Spezialkenntnisse des Beamten- und Tarifrechts erforderlich sind, um Einstellungen vornehmen zu können. Schulleitungen müssen selbst keine Tarifexperten sein. Sie müssen aber auf solche zugreifen und sich auf sie verlassen können.

Schulen brauchen ebenso Beratung in pädagogischen Fragen. Das gilt gerade dann, wenn die Verantwortung für die Entwicklung der Schule und des Unterrichts ganz bei der Schule liegt. Nehmen sie z. B. die Fortbildungsplanung. Welche Fortbildungen sind am besten geeignet, das angestrebte Ziel zu verwirklichen? Welche Anbieter können dies leisten? - Das alles sind Fragen, die Schulen stellen und auf die sie Antworten brauchen.

Schulen brauchen bei mehr Selbstständigkeit kurze Wege und kompetente Berater. Wir wollen auch diesen Bedürfnissen der Schule entsprechen und werden ihnen zukünftig eine Struktur mit unterschiedlichen Dienstleistungen zur Unterstützung und Beratung anbieten.

Aber das Land und die Schulen brauchen einen weiteren Partner. Um leistungsfähige schulnahe Unterstützungsstrukturen aufbauen zu können, müssten Land und Kommunen Hand in Hand arbeiten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Innerhalb klar geregelter Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten muss eine neue Kooperation entstehen, die sich an konkreten Bedürfnissen der Schule ausrichtet.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben es auch betont: Wir haben in der Steuerung unseres Schulsystems einen Paradigmenwechsel eingeleitet: Weg von der Steuerung über Detailvorgaben hin zu einer Steuerung über die Kontrolle der Ergebnisse!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Je größer also die Eigenverantwortlichkeit der Schule ist, desto wichtiger werden die Kontrolle und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse im ganzen Land. Die wachsende Selbstständigkeit und Selbstverantwortung der einzelnen Schule erfordert zwangsläufig eine Neujustierung unserer Schulaufsicht. Ihre Aufgabe ist und bleibt die Gewährleistung pädagogischer Qualität.

Ort der Entstehung pädagogischer Qualität ist aber die einzelne Schule.

(Brigitte Speth [SPD]: Genau!)

Deshalb kann sich die Schulaufsicht der Zukunft aus dem operativen Geschäft der Schule ein Stückweit zurückziehen.

Unsere Aufgabe - landesseitig - wird es zukünftig sein, systematisch diese Qualität zu sichern.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Dazu brauchen wir Schulinspektionen, also Verfahren, bei denen professionelle Inspektoren, wenn ich sie einmal so nennen darf, regelmäßig anhand klarer Qualitätskriterien feststellen, wo die einzelne Schule steht. Auch hier fangen wir nicht bei null an. Ich verweise insbesondere auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit unserem niederländischen Nachbarn in dem Kooperationsprojekt „Beurteilung schulischer Qualität“. Die außerordentlich gute Resonanz der beteiligten Schulen hat uns wichtige Erkenntnisse geliefert und uns ermutigt.

Wir werden und können die Einführung von Schulinspektionen mit Sicherheit im neuen Schulgesetz verankern.

Ich bin davon überzeugt: Mit der selbstständigen Schule, die mehr Verantwortung für die Ergebnisse ihrer eigenen Arbeit übernimmt, passgenaue Unterstützung erhält, haben wir in Nordrhein-Westfalen den richtigen Weg eingeschlagen. Es gilt jetzt, ihn konsequent weiterzugehen. Deshalb begrüßt die Landesregierung ausdrücklich die Initiative der Koalitionsfraktionen, schulische Selbstständigkeit und die Schulaufsicht in diesem Sinn weiterzuentwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Degen noch einmal das Wort.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Reul, ich habe nicht ernsthaft angenommen, dass Sie Ihren Blick auf die Gemeinsamkeiten lenken, aber ich sehe es als positives Zeichen an, dass Sie, um das Trennende hervorzuheben, Dinge zitieren mussten, die gar nicht Gegenstand der Beratung sind, nämlich ein Konzeptpapier. Sie wissen, dass nach Vorlage des Kienbaum-Gutachtens die Aufgabe darin bestand, 400 Stellen einzusparen, was natürlich schon etwas über die Lösung aussagt.

Wenn Sie dieses Gutachten zum Maßstab Ihrer Überlegungen nehmen wollen, dann müssen Sie auch etwas zu den vorgeschlagenen Grundschulverbänden sagen, bei denen für mehrere Grundschulen ein Leiter eingesetzt werden sollte.

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Degen. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Meine Damen und Herren, es ist ja doch gut, wenn man sich noch etwas Redezeit übrig lässt.

Herr Reul, ich hatte gehofft, Sie könnten sich darauf einlassen, habe aber gemerkt, dass Sie das nicht können und nicht wollen. Vielleicht können Sie aber dem folgen, was Herr Schleicher gesagt hat. Ich zitiere aus einem Vortrag vom November letzten Jahres:

„Viele Staaten, die beim PISA-Vergleich erfolgreich abschnitten, haben deshalb schon vor vielen Jahren damit begonnen, den Schwerpunkt ihrer Bildungspolitik und Bildungspraxis von einer zentralen Inputsteuerung zu einer Orientierung an den Lernergebnissen zu verlagern und bieten den Schulen wirksame Unterstützungsmaßnahmen an, um Bildungsziele zu erreichen.

Wenn wir von unseren Schulen mehr Ergebnisorientierung erwarten, müssen diese umgekehrt aber auch die notwendigen Freiräume erhalten, um ihre Lernumgebung sowie das Bildungsangebot zu gestalten und die ihnen zugewiesenen Ressourcen zu verwalten.

Traditionell sind Lehrer und Schulen in Deutschland und Frankreich oft die letzte ausführende Instanz eines komplexen Verwaltungsapparats. Die Relevanz und Effizienz dieses Verwaltungsapparats, ob Kommunen, Länder oder Bund, muss sich aber letztlich daran messen lassen, wie gut die Schule als selbstständige und pädagogisch verantwortliche Einheit unterstützt wird.“

Das wollen wir hier für NRW, das ist internationale Bildungspolitik, das ist innovative Bildungspolitik. Tun Sie uns den Gefallen, verweigern Sie sich nicht diesem innovativen, aus empirischen Daten entwickelten Prozess. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Der Kollege Reul hat noch einmal das Wort.

Herbert Reul (CDU): Erstens. Die CDU-Fraktion hat bereits zu einem Zeitpunkt, als der eine oder andere von denjenigen, die hier geredet haben, noch gar nicht im Parlament war, vorgeschlagen, die Schulen von Vorschriften zu befreien. Wie oft haben wir vorgeschlagen, die BASS zu entrüm-

peln? Was haben Sie getan? - Gar nichts. Sie erwecken den Eindruck, aber helfen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt haben wir vorgeschlagen, dass die Schulen selbst ihre Lehrerinnen und Lehrer einstellen sollen. Sie haben das immer abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen nun die Schulaufsicht so organisieren, dass sie keinen Schulformbezug und keinen Fächerbezug mehr hat. Das machen wir nicht mit, weil das auf Kosten der Qualität und des Bestands von Schulformen geht.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Dies muss benannt werden, damit hinterher niemand sagt, es wäre niemals vorgetragen worden.

Sie verfolgen eine andere Absicht als wir. Genau deshalb ist der Unterschied von mir präzise benannt worden. Qualitätssteigerung in unseren Schulen plus mehr Selbstständigkeit für die Schulen in ihrer Eigengestaltung sind die richtigen Antworten, aber nicht der Versuch, etwas vorzugaukeln, was am Ende nicht stattfindet und über die Bildungsbüros wieder einkassiert wird.

Wir sind sehr präzise, sehr genau. Es reicht nicht, allgemeine Zielvorstellungen zu formulieren und zu sagen, dass wir uns alle einig sind, sondern es kommt darauf an, genau zu überlegen, was man im Einzelnen damit macht. Ihr Vorschlag ist kein Vorschlag zur Verbesserung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Reul. - Für die FDP-Fraktion hat noch einmal Herr Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Kollegin Löhrmann, Sie haben gerade etwas sehr Interessantes gesagt, nämlich dass Sie einen Paradigmenwechsel wollen, und zwar weg von einer inputorientierten Betrachtung und hin zu einer outputorientierten Steuerung.

Ich werde mir mit großem Interesse anschauen, wie sich die Grünen in diesem Punkt verhalten, wenn es um einen anderen Bereich der Bildung geht, nämlich um die Weiterbildung, in dem man sich auch einmal mit der Frage beschäftigen kann, ob man Ressourcen zuteilt oder ein Erfolgscontrolling durchführt und prüft, ob vom Ergebnis her das Ziel der Maßnahmen erreicht wur-

de. Frau Kollegin Löhmann, dies bekämpfen Sie ja sehr nachhaltig.

Mein Eindruck ist der, dass es mit Blick auf sehr junge Menschen, die sich zum Teil in schwierigen Lebenssituationen befinden und sich nicht zu jedem Zeitpunkt der Notwendigkeiten vollkommen bewusst sind, eine Frage von Chancengerechtigkeit ist, Inputressourcen in einem definierten Umfang zur Verfügung zu stellen. Insbesondere in schwierigen Phasen von Heranwachsenden ist dies für die Vergleichbarkeit von Bildungsstandards erforderlich.

Es ist sehr viel leichter, mit outputorientierten Steuerungsmodellen bei Erwachsenen zu arbeiten. Wir werden uns sehr genau anschauen, ob Sie zukünftig auch im Weiterbildungsbereich bei der Qualitätsentwicklung ähnliche Grundsätze verfolgen werden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Witzel. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir damit die Beratungen schließen können.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung des Antrags Drucksache 13/4971 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu:

4 Kein Bildungsabbau zum Zwecke der Lehrerentlastung - Anzahl der Klassenarbeiten auch zukünftig beibehalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4990

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Kollegen Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Intention des Antrags der FDP-Landtagsfraktion ergibt sich relativ einfach aus dem Titel: "Kein Bildungsabbau

zum Zwecke der Lehrerentlastung - Anzahl der Klassenarbeiten auch zukünftig beibehalten". In der Bildungspolitik dieses Landes gibt es nämlich relativ wenig, was es nicht gibt. Man kann sich immer wieder wundern.

Wenn man sich einmal die Logik anschaut, die der Entwicklung dieses Themas in den letzten Jahren zugrunde liegt, stellt man fest, dass es zunächst einmal - von der Landesregierung selbst durchgeführt, nicht etwa von der bösen Opposition - eine Arbeitszeituntersuchung von Mummert + Partner gibt. Sie führt zu dem Ergebnis, dass für diverse Schulformen und für die verschiedensten Lehrerarbeitssituationen Arbeitszeiten von über 41 Stunden realisiert werden.

Dann sagen Sie, Sie machen eine Arbeitszeiterhöhung im öffentlichen Dienst. Es kommt die 41-Stunden-Woche. Viele Lehrer freuen sich über die in Aussicht gestellte Arbeitszeitsenkung, die Sie - wenn man sich die faktischen Arbeitszeiten anschaut - versprechen. Ihr Lösungsvorschlag besteht darin, die Zahl der Pflichtstunden zu erhöhen, damit diejenigen, die bisher besonders belastet waren, es auch in Zukunft über Gebühr sind.

Dann gibt es Proteste im Land. Aber bei all den Kürzungen, den schwieriger werdenden Aufgaben und den neuen Herausforderungen gibt es immer Lehrer, die das freiwillig machen. Dann kürzt man die Zahl der Klassenarbeiten und schränkt damit letztendlich die Bildungschancen der jungen Generation ein. So, wie Sie das handhaben, ist das nicht schlüssig.

Sie kürzen bei den Parallelarbeiten mit der Begründung, es gebe jetzt neue Lernstandstests.

Die Einführung der Lernstandstests ist richtig; in der Zielrichtung hat niemand etwas dagegen.

Wir unterhalten uns dabei über die Frage, wie transparent die Ergebnisse nachher dokumentiert werden. Wir sind der Auffassung, die Lernstandstests sind kein Selbsthilfeeinstrument für Lehrer, damit die über den Leistungsstand ihrer Klasse Bescheid wissen, sondern sie müssen zielgerichtet der Information der Schülerschaft und der Eltern dienen, die die Bildungsprozesse begleiten. Das kann man auch anonymisiert und aggregiert transparent publizieren, damit die interessierte Öffentlichkeit Bescheid weiß, welche Leistungsergebnisse welche Schule mit ihren Angeboten erzielt.

Immerhin, wir machen Lernstandstests. Aber die Lernstandstests sind in allen Diskussionen, die wir an diesem Punkt mit der rot-grünen Landesregie-